

Rm Münch (FBI) – Haushaltsrede 12.12.2013

[Es gilt das gesprochene Wort]

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Freie Bürger Initiative FBI hat das Motto des Haushaltes 2014 wie folgt formuliert:

Für eine Stadt, in der alle gut und sicher leben können.

Dortmund ist mit 14.000 Straftaten im Jahr pro Einwohner mittlerweile westfälische Ruhrgebietshauptstadt des Verbrechens. Duisburg, Essen, Bochum, Gelsenkirchen, Münster liegen deutlich niedriger mit 10.000 Straftaten pro Einwohner. Sie müssen nur in die Tageszeitung schauen, dann wissen Sie Bescheid, was in dieser Stadt mittlerweile los ist.

Deshalb fordert die FBI die Einführung eines Kriminalitäts-Präventionsrates nach Gelsenkirchener Muster. Die Schaffung eines Hauses des Jugendrechts, in dem alle verantwortlichen Behörden zusammengefasst werden.

Nach Recherchen der FBI fehlen in Dortmund 60 Polizisten, um nachhaltig zu einem Rückgang der Kriminalität zu führen. Daher müssen wir den städtischen Ordnungs- und Präsenzdienst zur Unterstützung der Polizei optimieren. Die FBI ist der Meinung, wir brauchen nicht nur städtische Quartiersmanager, wir brauchen mittlerweile städtische Quartierssicherheitsmanager. Dazu zählt auch, dass die Beibehaltung des generellen Verbots der Straßenprostitution weitergeführt wird. Nur durch diese Maßnahme ist es nicht noch zu einem weiteren Anstieg der Kriminalität gekommen. Wenn Grüne und Linke nicht nur dagegen stimmen, dass wir mehr städtische Ordnungskräfte einsetzen, sondern auch dafür sind, dass die Straßenprostitution mit ihren Begleiterscheinungen wieder eingeführt wird, dann sind Sie mit Ihrer Politik Förderer des Verbrechens.

Ich kann nicht nachvollziehen, dass tatsächlich die KiTa-Beiträge erhöht werden sollen. Dortmund lebt von den Familien und von ihrem Nachwuchs. Deshalb ist für die FBI klar, keine Erhöhung der KiTa-Beiträge und keine Kürzung bei der Kinder- und Jugendhilfe. Konsens ist die Weiterführung der bisherigen Qualität der Schulsozialarbeit. Dazu gehört auch ein Sozialfonds in den Bezirksvertretungen. Ein Sozialfonds für Bezirksvertretungen, die Sozialräume haben. Deshalb sollten Mittel umverteilt werden. Die Bezirksvertretungen mit massiven sozialen Problemen sollten mehr Geld bekommen.

Der Dortmunder Flughafen hat uns, vom Ausbau bis zum städtischen Betriebskostenzuschuss, bis heute 451 Millionen Euro gekostet. Eine halbe Milliarde für ein SPD-Vorzeigeprojekt. Wenn wir das Geld hätten, wäre die Stadt nicht in der Schuldenfalle. Deshalb ist es meiner Meinung nach an der Zeit, ernsthaft darüber nachzudenken, zu einem Rückbau des Flughafens zu einem Geschäftsflughafen zu kommen, damit die Stadt nicht jährlich mit 20 Millionen Euro fördert, dass vor allem „Nicht-Dortmunder“ aus Dortmund fliegen können.

Der Haushalt birgt Risiken. Das Risiko heißt, EU-Armutszuwanderung. Nach den entsprechenden Gesetzesfassungen werden EU-Armutswanderer ab dem 1. Januar 2014 entsprechende Sozialleistungen bekommen können. Pro Tausend sozialleistungsberechtigte Empfänger zahlt die Stadt 10 Millionen Euro. Ich gehe deshalb davon aus, dass wir mit der Freizügigkeit ab dem 01.01.14 ein Haushaltsrisiko von zusätzlich 30 Millionen Euro bekommen werden. Die FDP, die CDU, die Linken, Rot-Grün, alle waren dabei, als im Bundestag die für Dortmund so schädliche Aufnahme von Rumänien und Bulgarien beschlossen wurde, obwohl diese Länder noch längst nicht reif für die EU sind.

Sie haben sich hier eingerichtet wie die Made im Speck. Sie kassieren 1 Millionen Euro Fraktionszuwendungen, die man auch kürzen könnte. Sie haben einen überproportional großen Rat, der verkleinert werden könnte. Wir haben 12 Bezirksvertretungen, alleine drei Innenstadtbezirksvertretungen, nur um Genossen ein Mandat zu besorgen. Deshalb wird die FBI dafür stimmen und beantragen, dass Fraktionszuwendungen gekürzt werden und auch die zweiten stellvertretenden Bezirksbürgermeister abgeschafft werden.

Die FBI ist haushaltsverantwortlich und würde deshalb diesem Haushalt zustimmen, wenn Sie unseren Ergänzungsvorschlägen ebenfalls zustimmen.

Dankeschön!